

Absender:

**Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt**

**19-11521**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Kein Werben fürs Sterben**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.08.2019

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)  
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)  
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

Ö  
N  
Ö

### **Beschlussvorschlag:**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

„Ab sofort wird nicht mehr für die Bundeswehr oder andere militärische Organisationen geworben.“

#### **Sachverhalt:**

Seit ca. einem halben Jahr wirbt die Bundeswehr bundesweit und auch in Braunschweig, indem sie Straßenbahnen vollständig in Tarnfarben mit Werbefolie beklebt und den Straßenbahnen so das Aussehen von Militärfahrzeugen gibt. Die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV werden gezwungen, sich in diese Fahrzeuge zu setzen. Auf den „militarisierten Bahnen“ finden sich neben dem „Eisernen Kreuz“ Sprüche wie „Mach was wirklich zählt.“ Vor dem Hintergrund der vielen Kriegseinsätze, an denen die Bundeswehr derzeit weltweit beteiligt ist, muss diese Aussage als äußerst perfide eingestuft werden. Dies ist auch hinsichtlich des Schutzes von Kindern und Jugendlichen abzulehnen. Die Werbung der Bundeswehr richtet sich fast ausschließlich an Minderjährige. Diese junge Menschen sollen auf emotionaler Ebene durch Abenteuer, Korpsgeist und Karriereperspektiven angesprochen werden, während die realen Gefahren, traumatisiert, verletzt oder sogar getötet zu werden und in Kriegseinsätzen auch selbst töten zu müssen, absichtlich ausgeblendet werden.

Die Militarisierung des öffentlichen Raumes darf nicht tatenlos hingenommen werden. In Potsdam, Mannheim, Oberhausen, Chemnitz, Jena, Kassel und vielen anderen Städten wurde gegen diese Praxis protestiert. In Berlin hat im April sogar die SPD auf einen Parteitag beschlossen, dass die Bundeswehr nicht mehr in die Schulen darf. „Für Töten und Sterben macht man keine Werbung“ meint die Berliner SPD ganz richtig. Diesen Protest gibt es in Braunschweig bislang nicht. Das ändert sich mit diesem Antrag.

**Anlagen:**

